

Wilfried von Bredow

Veränderungen der internationalen Sicherheitslandschaft

Konsequenzen für Bundeswehr und Gesellschaft

In tiefenscharfen Langzeitanalysen politischer Entwicklungen wird erkennbar, dass sich politische Strukturen und Dispositionen zwar stetig, aber in der Regel langsam und bedächtig verändern. An ihrer Oberfläche hingegen sieht das anders aus – hier steuern dramatische Ereignisse, die oft unvorhersehbar sind, unsere Wahrnehmungen solcher Entwicklungen. Wir identifizieren dann bestimmte Ereignisse als historische Zäsuren, die mit überraschender Plötzlichkeit die Politik auf den verschiedensten Ebenen verändern. Ein typischer Satz drückt die neue Wahrnehmung und Deutung der politischen Konstellation so aus: »Nichts wird wieder so sein wie vorher.« In der Politik, der Weltpolitik ebenso wie der auf lokaler Ebene, dienen solche Zäsuren als Erklärungshilfe und Motivationsschub für die Unabweisbarkeit von Veränderungen aller Art: politische Kurswechsel, Reformen, Neuausrichtungen bestehender Organisationen oder ähnliches.

Für die deutsche Sicherheitspolitik hat es in den letzten Jahrzehnten mehrere Zäsuren gegeben. Die tiefste davon markiert sogar eine weltpolitische Strukturveränderung: Die Beendigung des Ost-West-Konflikts 1989/90 bedeutete das Ende der bipolaren nuklear geprägten Sicherheitslandschaft. Das durch die Militärstrategie der wechselseitigen nuklearen Abschreckung sowie aller daran anknüpfenden konventionellen Konflikt-Szenarien geprägte Kriegsbild einer Konfrontation der »Supermächte« samt ihrer Verbündeten (darunter auf beiden Seiten je ein deutscher Staat) war obsolet geworden.

Jetzt mussten sich die deutsche Sicherheitspolitik und die Bundeswehr auf eine grundlegend andere internationale Sicher-

heitslandschaft einstellen. Aus den ersten »out of area«-Einsätzen im Rahmen multinationalaler Krisenstabilisierungsmissionen der Vereinten Nationen und der (ihrerseits nach einer neuen Strategie suchenden) NATO ergab sich zwingend, dass die Bundeswehr tiefgreifend umgebaut werden musste, wollte sie den veränderten Anforderungen entsprechen: Verkleinerung des Umfangs, größere Mobilität, Anpassung des Fähigkeitsprofils an die neuen Aufgaben, Professionalisierung bei speziellen Einsatzerfordernissen, Vertiefung der multinationalen Kooperation. Diese Aufzählung macht deutlich, welch riesige Reform-Aufgabe die Bundeswehr zu bewältigen hatte. Sie hat sich damit relativ schwer getan.

Der Kosovo-Krieg 1999 bedeutete für Deutschland, wie die Terroranschläge von New York und Washington im September 2001 für das gesamte westliche Bündnis, eine nächste Zäsur. Alle eigentlich vorher schon illusionären Vorstellungen über eine universale, von der »einzig verbliebenen Supermacht« USA und den anderen westlichen Demokratien geprägte Weltordnung ohne gewaltsame Konflikte waren nun verfliegen. Im Rahmen des geografisch weit ausgedehnten, strategisch-operativ ebenso wie politisch problematischen »Kriegs gegen den Terror« engagierten sich die USA auf zwei Kriegsschauplätzen, in Afghanistan und im Irak. Deutschland hielt sich beim Irak-Krieg aus guten Gründen programmatisch zurück, nahm aber an der Afghanistan-Mission teil. Diese sollte zunächst nur Al-Qaida-Terroristen um Osama Bin Laden aufspüren und die Herrschaft der Taliban beenden, weitete sich jedoch bald zu einer demonstrativ großangelegten Staats- und Demokratieaufbau-

Mission des Westens aus. Deutschland war besonders an den diplomatischen und entwicklungspolitischen Aspekten dieser Mission beteiligt. Die im Lande stationierten Bundeswehr-Kontingente wurden indes seit 2005/06 mehr und mehr in gewaltsame Auseinandersetzungen hineingezogen, was etlichen ihrer Angehörigen schwere physische und psychische Verwundungen einbrachte oder sogar das Leben kostete.

Das Auslaufen der sogenannten ISAF-Mission 2014 in Afghanistan und die lokal begrenzte, aber nicht nur für die unmittelbaren europäischen Nachbarn bedrohliche hybride Kriegsentwicklung in der Ukraine setzen eine weitere Zäsur für die deutsche Sicherheitspolitik und die Bundeswehr. Unter den mehr als 20 Auslandseinsätzen unterschiedlichster Art der Bundeswehr seit 1999 war die Beteiligung an ISAF qualitativ und quantitativ die wichtigste. Die multinationale Befriedung Afghanistans ist trotz des beträchtlichen Aufwandes an militärischen und zivilen Mitteln letztlich gescheitert. Die Bundeswehr musste eine Reihe von Lektionen über ihre nicht hinreichend effiziente Ausrüstung und die Dysfunktionalität einiger politisch gewollter Einschränkungen ihrer Kampffähigkeit lernen.

Allerdings wäre nichts falscher als die ISAF-Mission zum Muster für künftige robuste Einsätze der Bundeswehr zu erklären. Wenn auch die Befürchtung einer »Wiederkehr des Kalten Krieges« mit Russland unsinnig ist, so zeigen die Annexion der Krim und die militärischen Auseinandersetzungen um die östlichen Teile der Ukraine, dass die deutsche Sicherheits- und Militärpolitik sich auch auf geografisch näherliegende Kriegsschauplätze einstellen muss und die Fähigkeit zum Schutz des NATO-Territoriums nicht vernachlässigen darf.

Die Streitkräfte haben sich auf die Veränderungen der internationalen Sicherheitslandschaft und die Erweiterung des Kriegsbildes einzustellen. Dieses Gebot bezieht sich auf die Ausbildung der Soldaten,

deren Ausrüstung und Bewaffnung sowie die organisatorische Gestalt der Bundeswehr. Ihr Aufgabenspektrum hat sich erheblich erweitert, was man etwa an der Unterschiedlichkeit ihrer Auslandsmissionen ablesen kann: humanitäre Flüchtlingshilfe, Sicherung demokratischer Wahlen, Beteiligung an internationalen Friedenseinsätzen, Anti-Terror-Operationen oder Piratenbekämpfung, Krisenstabilisierung, Ausbildungshilfe – um nur die wichtigsten aufzuzählen.

Ähnlich wie die Bundeswehr mussten auch die anderen Streitkräfte des westlichen Bündnisses drastische organisatorische und professionelle Veränderungen durchmachen. Nur war dies für die Bundeswehr und ihre Soldaten insofern eine größere Herausforderung, als sie in der Zeit des Ost-West-Konflikts so gut wie vollständig auf ein territorial auf Mitteleuropa konzentriertes Abschreckungs- und Verteidigungsszenario ausgerichtet waren. Erfahrungen mit Kampf- und Kriegssituationen hat es für sie, anders als etwa für amerikanische, britische und französische Soldaten, nach dem Zweiten Weltkrieg nicht gegeben.

Allgemein formuliert geht es bei den Bundeswehr-Reformen um eine Erweiterung des soldatischen Auftragspektrums, um erhöhte Einsatzmobilität, um mehr Flexibilität angesichts ganz unterschiedlicher geografischer Einsatzorte in Gesellschaften, die von ganz anderen als den westlichen Kulturen geprägt sind, um die Ausbildung von Spezialkräften, um das Schritthalten mit der rüstungstechnologischen Entwicklung und die Erhöhung der operativen Kooperationsfähigkeit mit Streitkräften anderer Nationen, kurz – um die Transformation der bewährten militärischen Grundsätze und zivil-militärischen Grundregeln in einen neuen, dem gegenwärtigen Bild von gewaltsamen Konflikten und Kriegen gerecht werdenden Professionalismus.

Das sagt sich in dieser Allgemeinheit schnell. Im Reform-Alltag der Bundeswehr war und ist dies jedoch mit einschneiden-

den, manchmal recht schmerzhaften Veränderungen verbunden. Seit dem Aufwuchs der Truppe durch die Übernahme der NVA wurde der Umfang der Bundeswehr in mehreren Schritten reduziert. So verpflichtete der Zwei-plus-Vier-Vertrag vom September 1990 das vereinigte Deutschland, den Personalumfang der Bundeswehr binnen drei bis vier Jahren auf 370.000 Soldaten zurückzuführen. Das geschah auch. Heute gehören der Bundeswehr noch etwa 180.000 Soldaten an, ein Zehntel davon sind Soldatinnen. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom Juli 1994 hatte klargestellt, dass die Bundeswehr an Einsätzen außerhalb des NATO-Territoriums teilnehmen darf, sofern diese Einsätze der Wiederherstellung des Friedens und der internationalen Sicherheit dienen und der Bundestag ein entsprechendes Mandat erteilt hat.

In den beiden folgenden Jahrzehnten gab es zahlreiche kleinere Reformschritte, um die Bundeswehr für solche Einsätze fit zu machen. Erst am Ende dieser Periode entschlossen sich Bundesregierung und Bundeswehrführung, auch unter dem Eindruck budgetärer Engpässe, zu einem großen Reformsprung, nämlich die Aussetzung der (ohnein schon seit Längerem alles andere als »allgemeinen«) Wehrpflicht seit dem Juli 2011. Dieser lange umstrittene Professionalisierungsschub war überfällig, wollte man die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr nicht unter das Niveau der verbündeten Streitkräfte abrutschen lassen. Allerdings sind in jüngster Zeit zahlreiche Defizite bei Bewaffnung und Ausrüstung offenkundig geworden, die zu beheben Zeit und Geld kosten wird.

Die Aussetzung der Wehrpflicht war vor allem deshalb umstritten, weil damit eine, wenn auch lose gewordene Klammer

zwischen ziviler Gesellschaft und Bundeswehr wegfiel. Ein »Spiegelbild der Gesellschaft«, wie früher oft behauptet, war die Bundeswehr allerdings nie. Dennoch muss man sich fragen, ob die Legitimierung von Bundeswehr-Einsätzen durch das Parlament und die Beibehaltung, hoffentlich sogar die Weiterentwicklung ihrer demokratischen Kontrolle durch die bewährten Einrichtungen der »Inneren Führung« ausreichen, um zu verhindern, dass die Lücke zwischen Bundeswehr und Gesellschaft breiter wird. Die Öffentlichkeit ist im Allgemeinen an sicherheitspolitischen Problemen außerhalb des eigenen Landes wenig interessiert und auch wenig fachkundig. Repräsentative Umfragen ergeben seit Langem ein widersprüchliches Bild: Die Bundeswehr als Organisation bekommt viel Zustimmung und genießt Vertrauen, aber ihre Einsätze, besonders solche mit Kampfbeteiligung wie in Afghanistan, werden mehrheitlich kritisch gesehen und abgelehnt. Was von Politikern regelmäßig beschworen wird, nämlich eine »aktivere Außen- und Sicherheitspolitik«, die Vereinte Nationen und Europäische Union eigentlich von Deutschland erwarten, stößt in der deutschen Öffentlichkeit auf wenig Gegenliebe.

In längerer Perspektive wird die Bundeswehr, nicht zuletzt aus demografischen Gründen, noch ein Stück weit schrumpfen. Sie wird kulturell bunter werden, einen weiter wachsenden Anteil an Soldatinnen aufweisen und europäisch mehr vernetzt sein. Als Folge weiterer Veränderungen der internationalen Sicherheitslandschaft wird der Anpassungsdruck auf die Bundeswehr nicht nachlassen. Dabei wäre es hilfreich, wenn der Pegel des Verständnisses für die sicherheitspolitischen und militärischen Herausforderungen Deutschlands in der Gesellschaft ansteigen würde.



Wilfried von Bredow

war Professor am Institut für Politikwissenschaft der Philipps-Universität Marburg. Bei Springer VS erschienen zuletzt *Sicherheit, Sicherheitspolitik und Militär: Deutschland seit der Vereinigung*.

wvb@staff.uni-marburg.de